

Entschließungsantrag **der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**

zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland

In diesen Tagen bestätigt sich, daß Freiheit, Menschenrechte und Selbstbestimmung den Kern der deutschen Frage bilden. Diese großen Ideen brechen sich heute Bahn auch dort, wo sie gestern noch unterdrückt wurden. Gerade das begründet unsere Hoffnung auf eine europäische Friedensordnung, in der wir den Auftrag der Präambel unseres Grundgesetzes erfüllen können. Dort heißt es: „Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“

Die Einheit der deutschen Nation konnte auch durch Jahrzehnte der staatlichen Teilung nicht zerstört werden. Deshalb bedeutet die Chance für Selbstbestimmung, für Freiheit und Achtung der Menschenrechte immer auch eine Chance für die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes.

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag bekräftigt erneut, daß Deutschlandpolitik zugleich europäische Friedenspolitik ist. Daher liegt europäische Friedenspolitik in unserem nationalen Interesse. Der Deutsche Bundestag unterstreicht, daß Berlin als Prüfstein der Beziehungen zwischen Ost und West hieran voll teilhaben muß.

Der Deutsche Bundestag verfolgt mit Respekt und großer Anteilnahme die Initiativen von Reformgruppen, der Kirchen und Einzelpersonlichkeiten in der DDR, die zu einer politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Erneuerung führen können. Hierzu gehören vor allem die Verwirklichung der Menschenrechte, die Einführung von Rechtsstaatlichkeit, die Garantie von freien Wahlen, der Pluralismus des Parteiensystems, die konsequente Trennung von Staat und Partei sowie demokratische Mitbestimmungsrechte der Bürger auf allen Ebenen, damit in einer reformierten DDR das Selbstbestimmungsrecht ausgeübt werden kann.

Der Deutsche Bundestag appelliert an die Führung der DDR, sich dem Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen und Parteien in der DDR ohne Vorbedingungen zu stellen. Die brutalen Über-

griffe staatlicher Organe gegen gewaltlos demonstrierende Bürger müssen rückhaltlos aufgeklärt werden. Die Führung der DDR muß sicherstellen, daß derartige Vorkommnisse zukünftig ausgeschlossen sind.

Mitbeteiligung und Mitverantwortung des einzelnen sind die Voraussetzung für eine demokratische Perspektive, welche die staatliche Bevormundung beendet und dem freien und sich selbst bestimmenden Bürger den Gestaltungsrahmen läßt, der zu den selbstverständlichen Menschenrechten gehört.

Der Deutsche Bundestag erklärt sich solidarisch mit dem Freiheitswillen unserer Landsleute in der DDR und dem eindrucksvollen und friedlichen Charakter der Demonstration des vergangenen Wochenendes. Er erklärt sich außerdem solidarisch mit allen, die in Ausübung des ihnen zustehenden Rechts auf Freizügigkeit zu uns kommen. Sie sind uns willkommen.

Bonn, den 8. November 1989

Dr. Dregger, Dr. Bötsch und Fraktion

Mischnick und Fraktion